

22**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 2. Juli 1981

Liebe Freunde,

der 29. Bundesparteitag in Mannheim (vom 9. bis 10. März 1981) hat auf meine Anregung hin den Bundesvorstand beauftragt, einen Parteitag zum Thema „Zukunftschancen der jungen Generation“ — mit besonderer Berücksichtigung der Bildungspolitik — vorzubereiten. Der Parteitag wird vom 3. bis 5. November 1981 in Hamburg stattfinden.

Der Bundesvorstand hat am 5. April 1981 einen entsprechenden Beschluß gefaßt und am 11. Mai 1981 eine Kommission berufen, in der unter dem Vorsitz von Hanna Renate Laurien und MdB Anton Pfeifer Sachverständige aus der Partei und wissenschaftliche Experten eine Diskussionsgrundlage erarbeitet haben.

Das Ziel dieses Kommissionsberichtes, der der Partei in der Verantwortung der Kommission vorgelegt wird, ist es, eine breite Diskussion innerhalb der Partei und ihren Gliederungen anzuregen. Diese Vorlage versteht sich weder als Parteitagsantrag noch gar als beschlußreife Formulierung. Dieser Bericht soll lediglich die Diskussion in der Partei einleiten und anregen.

Ich möchte Sie bitten, in Ihrem Verantwortungsbereich ausreichend Gelegenheit zu einer lebhaften Diskussion über das Thema des Parteitages anhand dieser Vorlage zu schaffen. Ihre Stellungnahme und Anregungen sollten bis Dienstag, 1. September 1981, in der Bundesgeschäftsstelle eingehen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ BAFÖG

Dieses Gesetz ist finanziell fragwürdig und sozial ungerecht

Seite 5

■ UMWELTSCHUTZ

Bundesregierung läßt Länder und Gemeinden im Stich

Seite 7

■ JUSOS

An Schmidts Stuhl kräftig gesägt

Seite 8

■ KOALITION

Berliner FDP: Liberalismus ade

Seite 9

■ POSTGEBÜHREN

Der Griff in die Portokasse / Gscheidle als Preistreiber

Seite 11

■ SOZIALES

Ehrenberg will Arbeitnehmer noch stärker belasten

Seite 13

■ ÖA

Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich (Studientagung der KA-Stiftung) und Neuerschellungen

Seite 14/15

■ DOKUMENTATION

Asylrecht: Nicht einschränken, sondern Mißbrauch verhindern.

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Kommission und der Bundesvorstand werden diese Stellungnahme sorgfältig auswerten und bei der Ausarbeitung eines Parteitageantrages berücksichtigen. Dieser Antrag des Bundesvorstandes wird Ihnen rechtzeitig in der zweiten Septemberhälfte zugehen, womit dann das satzungsgemäße Antragsverfahren für den Parteitag eingeleitet wird.

Die CDU ist die einzige Partei, die das Wagnis auf sich nimmt, drei Tage lang auf einem Parteitag über ein so schwieriges, aber auch so wichtiges Thema öffentlich zu debattieren. Dieses Wagnis ist ein Risiko, aber auch eine Chance. Ich bin sicher, daß dieser Parteitag mit Ihrer Unterstützung zu einem großen Erfolg für die CDU werden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Helmut Kohl

Doppelte Aufgabe

Das Thema des Parteitages in Hamburg (vom 3. bis 5. November 1981) „Zukunftschancen der jungen Generation“ formuliert eine doppelte Aufgabe:

Der Parteitag muß die politischen und geistigen Herausforderungen beschreiben, mit denen die Bundesrepublik Deutschland — und hier vor allem die junge Generation — an der Schwelle zum dritten Jahrtausend konfrontiert ist. Die Herausforderungen enthalten Gefahren, bergen aber auch Chancen. Ob die Zukunft zur Chance oder zur Gefahr wird, hängt von dem Verhalten der Menschen und von der Politik ab, die wir gestalten. Der Parteitag muß die Gefahren und die Chancen nüchtern beschreiben.

Der Parteitag muß, aufbauend auf einer allgemeinen Analyse der gegenwärtigen und künftigen Entwicklung, auf einem für die Zukunftschancen der jungen Generation zentralen Gebiet (Bildung und Beruf) eine Politik beraten und beschließen, die geeignet ist, die „Zukunftschancen der jungen Generation“ zu erhalten und auszubauen.

Dabei kann es nicht nur darum gehen, was Staat, Wirtschaft und Gesellschaft tun müssen, sondern auch darum, was das Gemeinwesen von den jungen Menschen erwarten kann und muß.

Im Kommissionsbericht werden in einem ersten Teil Herausforderungen und Problemfelder beschrieben, in denen sich die Zukunftschancen der jungen Generation entscheiden. In einem zweiten Teil werden Thesen und Leitsätze zur Verbesserung der Zukunftschancen der Jugend in Bildung und Beruf formuliert. Denn im Bildungswesen und im Berufsleben entscheidet sich vorrangig die Zukunft der jungen Menschen und damit der Gesellschaft.

Die Kommission hat einige Themen, z. B. die Familienpolitik und den Hochschulbereich, bewußt ausgeklammert. Dies schließt allerdings nicht aus, daß diese Themen in den Parteitageantrag des Bundesvorstandes aufgenommen werden.

Es ist der Wunsch der Kommission, daß diese Vorlage eine lebhafte und auch kontroverse Diskussion in der Partei auslösen wird. Die Anregungen und Stellungnahmen aus der Partei wird die Kommission in ihren Entwurf für den Parteitageantrag des Bundesvorstandes einarbeiten.

*

Der Kommissionsbericht wird in der nächsten Ausgabe des Deutschen Monatsblattes veröffentlicht.

■ INFORMATIONEN

Personalien

Zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde Adolf Müller (Remscheid) gewählt. Er tritt die Nachfolge von Norbert Blüm an, der das Amt des Berliner Bundessenators übernommen hat. Seit 1977 leitete Müller die Arbeitnehmergruppe, die einstimmig für den Dürener CDU-Abgeordneten Wolfgang Vogt als Nachfolger von Adolf Müller votierte. Vogt gehört damit dem Fraktionsvorstand an.

Auf Vorschlag von Helmut Kohl wählten die CDU-Abgeordneten mit 129 Ja-, 14 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen Wolfgang Schäuble zum Parlamentarischen Geschäftsführer. Er übernimmt den Bereich von Gerhard Kunz, der jetzt als Senator das Berliner Finanzressort leitet.

Anstelle von Elmar Pieroth, der im Berliner Senat den Wirtschaftsbereich übernahm, wählten die Unionsabgeordneten Volkmar Köhler zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik. Auf ihn entfielen 154 Ja-, 20 Nein-Stimmen bei sieben Enthaltungen.

Nachdem Richard von Weizsäcker, der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, und die Senatoren Norbert Blüm und Gerhard Kunz ihre Bundestagsmandate niedergelegt hatten, traten neu in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein: Helmut Buschbom und Werner Dolata aus Berlin sowie Markus Berger (Lahnstein) aus Rheinland-Pfalz. Berger gehörte bereits dem 8. Bundestag an.

Da der bisherige CDU-Bundesgeschäftsführer Ulf Fink als Gesundheitsminister nach Berlin wechselte, wurde der Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, Peter Radunski, kom-

missarisch mit der Nachfolge beauftragt. Für Meinhard Ade, der zum Senatssprecher in Berlin ernannt wurde, rückt der bisherige Chef der Planungsgruppe im KAH, Warnfried Dettling, auf den Posten der Hauptabteilung Politik. Wer endgültig die Bundesgeschäftsführung übernimmt, darüber entscheidet das CDU-Präsidium nach der Sommerpause.

Nachdem, wie gemeldet, Wolter v. Thiesenhausen Sprecher der CDU geworden war, wird das Amt des stellvertretenden Sprechers ab 1. September Walter Brückmann übernehmen, bisher Sprecher der Berliner CDU und Chefredakteur der „Berliner Rundschau“. Vor seiner Tätigkeit für die CDU war Brückmann Chefredakteur der „Berliner Morgenpost“.

Gegenströmung

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Rheinland hat auf seinen Landesversammlungen in Duisburg Kritik an der Bewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“ geübt. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution verabschiedet, in der man sich für ein „militärisches Gleichgewicht“ in Europa sowie für „Frieden in Freiheit“ aussprach. Der EAK-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose aus Neuss betonte, wer für sich vor allem im kirchlichen Bereich in Anspruch nehme, einen angeblichen Aufstand für den Frieden zu wagen, werde den Frieden nicht schaffen, sondern eher unsicherer machen.

Freie Bahn für Gewalttaten

Während in Berlin gewalttätige Randalierer und Plünderer — maskiert, verummmt und behelmt — mit Steinen warfen, Polizisten verletzten und Schau-

fenster zertrümmerten, haben zur gleichen Zeit SPD und FDP im Bundestag definitiv die Streichung der sogenannten Gewaltparagraphen aus dem Strafgesetzbuch beschlossen. Die Befürwortung verfassungsfeindlicher Gewalt (Paragraph 88a) und die Anleitung zu Straftaten (Paragraph 130a) sind als Straftatbestände abgeschafft.

Hierzu erklärte Benno Erhard, Rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Diese Entscheidung widerspricht der Sicherung des öffentlichen Friedens. Von den kriminellen Krawallmachern wird sie mit Sicherheit als Sieg, als Beweis ihrer öffentlichen Durchsetzungskraft empfunden.

Der jetzige Berliner Oppositionsführer und frühere Bundesjustizminister Vogel hatte seinerzeit diese Vorschriften für nötig gehalten, um „die Vergiftung der Atmosphäre, die auch in unserem Land durch die Befürwortung von schweren Gewalttaten eingetreten ist, einzudämmen und ihm einen Riegel vorzuschieben“. Jetzt hat die Koalition diesen Riegel weggeschoben, jetzt darf die öffentliche Atmosphäre wieder ungestraft vergiftet, jetzt darf zu Gewalttaten wieder ungestraft angeleitet werden.

Bundesrat stimmt Künstler-sozialversicherungsgesetz nicht zu

Der Bundesrat hat am 16. Juni 1981 dem Künstlersozialversicherungsgesetz mehrheitlich die Zustimmung versagt.

Der Finanzausschuß hatte dem Plenum eine Zustimmungsveragung mit folgender Begründung empfohlen: Angesichts der äußerst angespannten Finanzlage sei es nicht vertretbar, im gegenwärtigen Zeitpunkt neue finanzwirksame Lei-

stungen zu beschließen. Vorrangige Aufgabe müsse es vielmehr zunächst sein, die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu konsolidieren. Gesetzesvorhaben, die diesem Ziel zuwiderlaufen würden, müßten daher, selbst wenn sie sozial-politisch wünschenswert sind, vorerst zurückgestellt werden.

Das Gesetz sei außerdem nicht geeignet, die sozialen Probleme der selbständigen Künstler und Publizisten für ihr Alter und im Krankheitsfall befriedigend, systemgerecht und verfassungsrechtlich einwandfrei zu lösen. Insbesondere bestünden erhebliche Bedenken gegen die in der Bundestagsfassung vorgesehene Künstlersozialabgabe und die Errichtung der Künstlersozialkasse.

Anstelle der kostenaufwendigen, ortsfernen und unerfahrenen — weil erst noch zu schaffenden — Künstlersozialkasse sollten die erfahrenen, organisatorisch und personell handlungsfähigen Ortskrankenkassen mit den Angelegenheiten des Beitragseinzugs und der Beitragbemessung betraut werden.

Haushaltsgesetz 1981 an den Vermittlungsausschuß

Der Bundesrat hat am 26. Juni 1981 zum Haushaltsgesetz 1981 wegen der Kürzung der Bundesmittel für den Ausbau und Neubau von Hochschulen mehrheitlich den Vermittlungsausschuß angerufen. Die Kürzung der Bundesmittel sei wegen Verstoßes gegen Artikel 91 a Grundgesetz und gegen die Vorschriften des Hochschulbauförderungsgesetzes offensichtlich verfassungswidrig. Durch einseitige Gestaltung des Bundeshaushalts würden Kernbereiche der staatlichen Aufgabenerfüllung der Länder gefährdet.

■ BAFÖG

Dieses Gesetz ist finanziell fragwürdig und sozial ungerecht

Das 7. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) bringt einige dringend erforderliche Verbesserungen für die Auszubildenden und ihre Familien. Die Union akzeptiert auch den von der Bundesregierung gesetzten Finanzrahmen von 2,4 Milliarden DM Bundesanteil für die Jahre bis 1984. Denn angesichts der desolaten Haushaltslage dürfen gerade im Hinblick auf die heranwachsende Generation keine neuen Schuldenberge aufgehäuft werden, erklärte MdB Michael Geiger im Deutschen Bundestag.

Die CDU/CSU lehnt das Gesetz aber dennoch ab, weil

1. die Finanzierungsgrundlage fragwürdig ist,
2. es längst an der Zeit ist, eine tiefgreifende Neugestaltung des BAFÖG einzuleiten.

Ein Beispiel für die unsichere Finanzierungsgrundlage ist die geplante volle Anrechnung des Kindergeldes bei elternunabhängiger Förderung. In einer Presseerklärung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft wird die Einsparung für 1982 mit 10 Millionen bis 20 Millionen angegeben, im Ausschuß rangierte diese Maßnahme mit fünf weiteren unter der Rubrik: „Unbedeutende Maßnahmen, deren Kosten nicht zu schätzen sind“ und die alle sechs zu-

sammen Einsparungen von nur 6 Millionen DM bringen sollen.

Andere Sparansätze, wie z. B. die 50 Millionen DM für den Wegfall der Rückwirkung der Antragstellung sind ebenso unrealistisch wie grotesk, weil man hier mit der Schlafmützigkeit der Schüler und Studenten quasi noch ein Geschäft machen will.

Die durch das 7. Änderungsgesetz von der Bundesregierung erwarteten Einsparungen sind derart großzügig kalkuliert worden, daß die Union diese Berechnungen beim besten Willen nicht nachvollziehen kann. Es ist gespenstisch, wie hier die Millionen hin- und hergeschoben und zu Milliardenbeträgen addiert werden. Einer solch abenteuerlichen Grundlage für ein 2,4-Milliarden-Gesetz konnte die CDU/CSU-Fraktion sich nicht anschließen.

Auch die Einkommensregelung können wir nicht mittragen, weil sie weder logisch noch konsequent ist. In Zukunft sollen zwar Abschreibungs- und Absetzungsmöglichkeiten vermieden werden; innerhalb ein und derselben Einkunftsart sind sie aber wiederum nicht ausgeschlossen. Da läßt sich der zu versteuernde Gewinn immer noch auf Null herunterschrauben. Laufende Gewinne werden erfaßt; aber periodisch auftretende Ausgaben, wie z. B. Reparaturen und Renovierungen, die durchaus zu erheblichen Belastungen führen können,

bleiben unberücksichtigt. Die Abschreibung nach Paragraph 7 ist nur beim selbstgenutzten Einfamilienhaus, nicht aber beim selbstgenutzten Zweifamilienhaus möglich. Nach unserer Auffassung baut sich aber gerade der finanziell weniger gut gestellte Bürger ein Zweifamilienhaus, um die Folgekosten erträglicher zu halten. Auch wohnungsbaupolitisch erscheint diese Regelung unsinnig.

Die Unions-Alternativen

Das BAFÖG-Grunddarlehen ist bekanntlich seit 1977 unverändert geblieben. Hier setzen wir uns für eine Erhöhung ein, weil der reale Wert der zurückfließenden Darlehensbeträge durch die steigenden Verwaltungskosten immer mehr absinkt. Es ist ein Irrtum zu glauben, die Erhöhung des Grunddarlehens träfe die sozial Schwachen. Denn nicht das arme Arbeiterkind oder seine Familie zahlt zurück, sondern der fertig ausgebildete Arzt oder Ingenieur. Der BAFÖG-Bezieher zahlt also erst dann zurück, wenn seine Einkommensverhältnisse ihm dies ermöglichen. Vom Lohnsteuerzahler, in der Regel also dem Arbeitnehmer, kann man nicht verlangen, daß er das Studium von Leuten finanziert, die später als Rechtsanwälte oder Ärzte ein hohes Einkommen beziehen. Damit in engem Zusammenhang steht auch die Forderung nach der Erhöhung der Darlehensrückzahlungsquote über den im 7. Änderungsgesetz vorgesehenen Betrag hinaus. Nach Angaben des Bundesrechnungshofes würde die Erhöhung der Rückzahlungsbeträge um 50 % eine Verkürzung der Tilgungszeit um ein Drittel bedeuten, entsprechend würden die Verwaltungskosten sinken. Aber auch für den Studenten selbst wird es rentabler, je hö-

her die Rückzahlungsrate ist. Bei der angepannten Haushaltslage sollte man die Gelegenheit zu Einsparungen in der Darlehensverwaltung nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Ein weiterer Punkt, über den es sich lohnt nachzudenken, ist die Situation derjenigen jungen Leute, die zwar während ihres Schulbesuches oder Studiums bei ihren Eltern wohnen könnten, die aber lieber ausziehen und sich eine andere Wohnung suchen. Der Wunsch nach eigener Lebensgestaltung ist verständlich. Das ist nichts Neues, daß junge Menschen eines Tages von zu Hause weg wollen. Neu ist nur, daß die Gesellschaft, der einzelne Steuerzahler, diese neue Selbständigkeit bezahlen soll. Denn der Wegzug vom Elternhaus oder der elterlichen Wohnung wird nach dem Willen dieser Bundesregierung durch ein höheres BAFÖG belohnt. Man sollte die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten der Städte auch ruhig einmal unter diesem Gesichtspunkt betrachten.

Dringend notwendig wäre ein stärkeres leistungsbezogenes BAFÖG. Auch der Bundeselternrat verlangt eine solche Maßnahme. Die Bereitschaft der Steuerzahler, auch künftig Milliardenbeträge in die Ausbildungsförderung zu investieren, würde durch ein mehr leistungsbetontes BAFÖG sicher größer. Wir verlangen keine weiteren Prüfungen, aber der Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums muß erbracht werden — um die sogenannten Scheinstudenten auszuschließen. Das ist kein Mißtrauen gegen die vielen zügig studierenden BAFÖG-Bezieher, sondern hier soll die Spreu vom Weizen getrennt werden.

■ UMWELTSCHUTZ

Bundesregierung läßt Länder und Gemeinden im Stich

Zu der gemeinsamen Tagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Umweltminister der unionsregierten Länder am 22. Juni 1981 in Bonn wurden die grundsätzlichen und aktuellen Probleme des Umweltschutzes und die Initiativen der Union erörtert.

Die Besprechung hatte folgendes Ergebnis:

① Die Bundesregierung redet zwar viel von Umweltschutz. In der Sache selbst hält sie sich aber vornehm zurück und beläßt es in der Regel bei allgemeingehaltenen und plakativen Absichtserklärungen. Der tatsächliche Schutz der Umwelt und die Verantwortung bleiben allein den Ländern und Gemeinden überlassen. Diese müssen vor Ort die oft schwierigen Schutzmaßnahmen treffen, ohne vom Bund angemessen unterstützt zu werden.

② Die Bundesregierung verletzt in manchen Bereichen ihre Pflicht zum Tätigwerden zum Schutz der Umwelt. Der verantwortliche Bundesinnenminister betätigt sich lediglich als Ankündigungsminister. Aktuelle Probleme bleiben liegen oder werden vertagt.

— Das Verkehrslärmschutzgesetz ist am Ende der letzten Legislaturperiode an dem abweichenden Abstimmungsverhalten der beiden Koalitionsparteien gescheitert. Ohne gesetzliche Regelung geraten die Gemeinden in größte Schwierigkeiten, weil die Gerichte von

einander abweichende Entscheidungen, z. B. über die höchstzulässige Belastung, treffen. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, eine Konzeption vorzulegen, die den Belangen des Umweltschutzes entspricht und den Finanzierungsmöglichkeiten gerecht wird.

— Ungelöst sind die grundsätzlichen Probleme der Abfallbeseitigung, insbesondere bezüglich der Lagerung bzw. Beseitigung von giftigen Abfällen und der Wiederaufbereitung von Abfällen.

— Es fehlt ein Konzept der Bundesregierung, mit dem die oft widerstreitenden Interessen der Energiegewinnung und der Energieversorgung und die des notwendigen Schutzes der Umwelt in eine vernünftige Relation gebracht werden können. Die CDU/CSU bekräftigt nachdrücklich die Forderung nach größtmöglicher Sicherheit der Kernkraftanlagen. Es geht nicht an, daß die Kernenergie als Umweltfeind Nummer 1 verteuert wird, ohne die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, welche Umweltbelastungen von anderen Energiequellen (z. B. Radioaktivität bei Kohlekraftwerken) ausgehen. Es fehlt eine grundsätzliche Analyse über die Vor- und Nachteile der einzelnen Energieträger für die Umwelt.

③ Die CDU/CSU wird zu den angesprochenen Problemen parlamentarische Initiativen ergreifen. Es muß erreicht werden, daß Umweltschutz praktiziert wird und sich nicht in Programm-erklärungen erschöpft.

■ JUSOS

An Schmidts Stuhl kräftig gesägt

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 26. bis 28. Juni in Lahnstein hat die politische Vorherrschaft der dogmatischen Marxisten in der SPD-Arbeitsgemeinschaft bestätigt, auch wenn mit Willy Piecyk ein Repräsentant der kaum weniger extremen sogenannten Reformisten-Fraktion als Bundesvorsitzender knapp wiedergewählt wurde.

Mit ihrem Beschluß „Für eine wirkliche Friedenspolitik — Den NATO-Raketen-Beschluß verhindern“ hängen sich die Jusos nun an die „Friedensbewegung“ an. Da ihr Dogmatismus wenig Resonanz in der Öffentlichkeit und der Jugend hervorzurufen pflegt, versuchen sie ihre Schwäche und Zerrissenheit damit zu kaschieren, daß sie sich der jeweils aktuellen „Bewegung“ im linken Spektrum andienen, stellt MdB Matthias Wissmann fest.

Der Kampf gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß tritt für die Jusos in das entscheidende Stadium. In ihrem einstimmig (!) gefaßten Beschluß stellen sie „eine Wiederbelebung des Kalten Krieges“ und „die bisher schärfste Bedrohung des Weltfriedens seit dem Zweiten Weltkrieg“ fest. Als Verursacher dieser Kriegsgefahr benennen sie ausführlich und ausschließlich die Politik der Vereinigten Staaten. Sie verdächtigen die USA, mit den geplanten

Pershing II-Raketen und Cruise Missiles einen nuklearen Erstschatz gegen die UdSSR vorzubereiten.

Weder Afghanistan noch die SS 20 werden überhaupt nur erwähnt. Sowjetische Rüstung findet bei den Jusos nur als „Reaktion“ auf Bedrohung durch den Westen, die USA, statt. Positiv wird Breschnews angeblicher Moratoriumsvorschlag gewürdigt.

Aus einer solchen Einschätzung ergibt sich zwanglos die zentrale Zielsetzung des Verbandes für die kommenden Monate und Jahre, wie sie der Vorsitzende Piecyk sieht:

„Wir haben innerhalb der SPD und mit der Friedensbewegung zu verhindern, daß die sozial-liberale Koalition zur Raketen-Koalition wird. Deshalb muß unser Ziel die Aufkündigung des NATO-Beschlusses durch den SPD-Parteitag im nächsten Jahr sein.“ Und: „Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO kann dabei für diese Diskussion kein Dogma sein.“

Die Jungsozialisten rechnen sich dafür durchaus realistische Mehrheitschancen in der SPD aus. Deshalb hoffen sie, mit dem „Kippen“ des Nachrüstungsbeschlusses zugleich den Bundeskanzler stürzen zu können. Noch niemals zuvor wurden so diffamierende und haßerfüllte Anwürfe gegen Helmut Schmidt vorgebracht, daß sogar der zum Abwiegeln verpflichtete SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sie als „beleidigend“ empfand.

Dem Bundeskanzler sprechen nicht nur alle Jusos die Friedensfähigkeit ab, sondern etliche auch den Friedenswillen. Dieser Bundeskongreß hat die Demontage des Helmut Schmidt in der SPD eingeläutet.

■ KOALITION

Berliner FDP: Liberalismus ade

Mit einem klaren Sieg des linken Flügels endete der Sonderparteitag der Berliner Freien Demokraten. Er rügte mit 142 gegen 93 Stimmen die Tolerierung des CDU-Minderheitssenats durch fünf FDP-Abgeordnete und griff auch den FDP-Bundesvorsitzenden Genscher sowie das Präsidium der Partei an. Gegen die Abweichler von der Linie der Berliner FDP-Mehrheit wurde ein Parteischiedsverfahren eingeleitet, das möglicherweise zu einem Ausschluß führen kann. Ein Antrag, der ein solches Verfahren mit dem ausdrücklichen Ziel des Parteiausschlusses vorsah, wurde abgelehnt.

Der Parteitag forderte die FDP-Fraktion auf, „geschlossen gegen die Regierungserklärung des CDU-Senats zu stimmen“. Ungeachtet dieser Forderung kündigte Fraktionschef Horst Vetter an, fünf Parlamentarier würden für die Regierungserklärung votieren.

Genscher und dem FDP-Bundespräsidium wurde vorgeworfen, Mitglieder der Berliner FDP-Fraktion zu Mißachtung des Parteitagsbeschlusses aufgefordert und „ermutigt“ zu haben. Von Genscher und dem Präsidium sei damit die „Grundlage demokratischer Willensbildung in der FDP vorübergehend außer Kraft gesetzt“ worden.

Im neuen Landesvorstand ist der rechte Flügel nicht mehr vertreten. Den Abgeordneten Horst Vetter, Werner Dittberner und Walter Rasch wurden die Funktionen als Delegierte zum Bundesparteitag und zum Bundesausschuß aberkannt. Hierzu kommentiert „Die Welt“: Eine Partei, die mit einem Abgeordneten we-

gen seines Verhaltens im Parlament unzufrieden ist, kann das nächste Mal einen anderen aufstellen. Unmittelbare Sanktionen wegen seiner Voten, um ihn zu disziplinieren, sind jedoch verfassungswidrig.

Speziell im Falle der FDP ist hinzuzufügen, daß darin auch ein Verstoß gegen den Geist des Liberalismus liegt — einer der krassesten, die sich denken lassen. Oder soll das liberaler, nämlich freier, Geist sein, den man da mit Strafen herzustellen sucht? Der FDP-Landesvorsitzende Kunze selbst sprach davon, daß man die fünf Abgeordneten „an die Kandare nehmen“ wolle.

Die Öffentlichkeit wird schon wieder irreführt

Abermals sagt die Bundesregierung die Unwahrheit. Im Bereich unserer Bundesfinanzen herrschen bereits ähnlich beklagenswerte Zustände wie im Verteidigungsministerium bei der Tornado-Finanzierung. Zur Frage, welche Zinssätze die Bundesregierung für ihre neuen Schulden bisher im Jahre 1981 zahlen mußte, erklärt der CSU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Voss:

Auf die parlamentarische Anfrage, „welchen Prozentsatz erreichten die Zinsen, die die Bundesregierung für Kredite im Jahr 1981 zahlen mußte?“, gab die Bundesregierung in ihrer schriftlichen Antwort nur Zinssätze zwischen 8,40 und 13,30 Prozent an. Sie verschwieg dabei, daß sie im März 1981 für Tagesgeld bei einem Betrag von 100 Millionen DM gar 27,5 Prozent Zinsen hatte zahlen müssen.

Daraus ist nur zu folgern, daß die Bundesregierung diese unangenehme Tatsache, die ein erschreckend grelles Licht auf den beklagenswerten Zustand unserer Staatsfinanzen nach 12jähriger SPD- und FDP-Herrschaft wirft, dem

Bewußtsein der deutschen Bürger entziehen will und daher zur Unwahrheit greift, und daß auch im Bundesfinanzministerium — ähnlich wie im Verteidigungsministerium — bereits heute keiner mehr so recht weiß oder wissen will, was vor wenigen Monaten dort geschehen ist.

Apels Unwahrheiten kommen ans Tageslicht

Zu der Vernehmung des Marine-Inspektors vor dem Tornado-Untersuchungsausschuß erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer (Neuss): Der Begriff der Rechtsverbindlichkeit von Forderungen im Zusammenhang mit Tornado ist im Ministerium erst für den Untersuchungsausschuß erfunden worden. Vorher ist im Ministerium nie dieser Begriff verwendet worden, auf den Minister Apel seine ganze Verteidigung für sein Vorgehen bisher abgestellt hat.

Dies machte der Inspekteur der Marine, Admiral Bethge, auf Befragen im Untersuchungsausschuß zur völligen Überraschung der Mitglieder des Ausschusses klar. Nachdem schon alle Zeugen bisher deutlich gemacht haben, daß der Minister ab Juni 1979 über die Finanz- und Haushaltsentwicklung voll unterrichtet gewesen war, ist damit auch der letzte Anschein einer glaubwürdigen Verteidigung für Apel zusammengebrochen.

Moskau hat heimlich mehr gerüstet als bisher bekannt

Zu den Auskünften der Bundesregierung auf die Anfragen des Obmanns der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Jürgen Todenhöfer, erklärte dieser: Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß das Ost-West-Kräftever-

hältnis im Bereich atomarer Mittelstreckenraketen (und Marschflugkörpern) zur Zeit bereits 8:1 beträgt und selbst im Falle der Nachrüstung noch immer 2,5:1 betragen wird, wirkt die Propagandaoffensive der Sowjetunion und die Kampagne des linken Flügels der SPD gegen den Doppelbeschluß der NATO zur Nachrüstung fast gespenstisch.

Die Zahlen beweisen, daß der Westen durch die Nachrüstung kein zahlenmäßiges Gleichgewicht im Bereich der Mittelstreckenraketen anstrebt, sondern nur ein Mindestmaß an nuklearer Abschreckung. Daß die Sowjetunion den Europäern nicht einmal mehr die Verringerung ihrer nuklearen Unterlegenheit von 8:1 auf 2,5:1 zugestehen will, zeigt, daß sie Westeuropa schon heute als atomare Geisel und nicht mehr als gleichberechtigten Partner betrachtet. Nur einem Bruchteil der deutschen Bevölkerung ist bekannt, daß die Sowjetunion schon heute für jede SS-20-Abschußrampe mindestens zwei SS-20-Raketen besitzt.

Sie verfügt folglich über 440 SS-20-Raketen mit je 3 Atomsprengköpfen (das sind 1 320 Atomsprengköpfe), und nicht nur über 220 SS-20-Raketen, wie fälschlicherweise immer angenommen wird.

Den modernisierten sowjetischen Atomraketen im Kurzstreckenbereich (SS 21, 22, 23), bei denen die Sowjetunion ohnehin einen turmhohen Vorsprung von 1 300 : 300 besitzt, hat die NATO nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.

Die Sowjetunion hat sich damit klammheimlich eine zweite Atomfaust gegen Mitteleuropa verschafft, die von den westlichen Grenzgebieten der Sowjetunion aus vor allem die Bundesrepublik Deutschland, aber auch Dänemark und Teile Österreichs bedroht (s. auch UID Seite 16).

■ POSTGEBÜHREN

Der Griff in die Portokasse — Gscheidle als Preistreiber

Nach Wochen und Monaten halblauter Ankündigungen einerseits und halbherziger Dementis andererseits ist es jetzt amtlich: Die Deutsche Bundespost will die Postgebühren im Bereich des Postwesens, also für Briefe, Postkarten, Massendrucksaen und Postscheckdienste, um durchschnittlich 30 Prozent erhöhen.

Die Mehreinnahmen betragen pro Jahr 2300 Millionen. Der Standardbrief kostet künftig nicht mehr 60 Pfennig, sondern 80 Pfennig. Die neuen Tarife für die übrigen Bereiche hütet der Postminister noch wie ein Staatsgeheimnis. Gleichzeitig wie die neuen Gebühren im einzelnen ausfallen, eine Erhöhung um 30 Prozent bei staatlichen Preisen hat eine Signalwirkung, die derzeit überhaupt nicht in die konjunkturelle Landschaft paßt. Wer noch außer einem staatlichen Monopolunternehmen wie die Post kann so zugreifen — nur noch die Bahn, aber kein Privater, weder die Arbeitgeber auf dem Markt noch die Arbeitnehmer in den Tarifverhandlungen, stellt MdB Josef Linsmeier fest.

Die Verkehrsentwicklung im Postwesen — also zum Beispiel die Anzahl der zugestellten Briefe — stagniert seit Jahren, die Tendenz ist weiter rückläufig. Das Postwesen ist — im Unterschied zum Fernmeldewesen — seit Jahren defizitär. Der Kostendeckungsgrad lag in den letzten Jahren zwischen 80 Prozent und 87 Prozent. Die Überdeckung des Fernmeldebereichs konnte in den vergangenen Jahren die Defizite im Postwesen jedoch weit mehr als ausgleichen. Es blieben Gewinne in Milliardenhöhe.

Diese Milliardengewinne haben den Bundesfinanzminister begehrlieh gemacht. Im Rahmen des sogenannten Subventionsabbaugesetzes fordert er eine höhere Postabgabe: Die Erhöhung der Postabgabe schlägt bei der Post mit derzeit zusätzlich 1 300 Millionen zu Buche. Die Postabgabe errechnet sich aus dem Umsatz, bezahlt wird sie aber natürlich aus dem Gewinn — woraus auch sonst.

Die Gewinnentwicklung mit und ohne Postabgabe ergibt für die Jahre 1981 bis 1984 folgendes Bild:

Jahr	Jahresergebnis ohne erhöhte Postabgabe**)	Jahresergebnis mit erhöhter Postabgabe*)
1981	976 Millionen Gewinn	976 Millionen Gewinn
1982	1 948 Millionen Gewinn	648 Millionen Gewinn
1983	511 Millionen Gewinn	789 Millionen VERLUST
1984	1 073 Millionen VERLUST	2 373 Millionen VERLUST
Saldo	2 362 Millionen Gewinn	1 538 Millionen VERLUST

*) amtliche Zahlen des Postministeriums

**) amtliche Zahlen zuzüglich Mehrbelastung von 1,3 Milliarden Mark ab 1982

Fazit: Ohne erhöhte Postabgabe bliebe die Bundespost noch auf Jahre in der Gewinnzone.

Mit erhöhter Postabgabe ergibt sich in der Summe bis Ende 1984 ein Verlust von 1 538 Millionen Mark. Die Abgabenerhöhung an den Bundeshaushalt ist also ursächlich für die beginnende verlustreiche Phase. Wenn sich in vier Jahren ein Verlust von ca. 1,5 Milliarden DM ergibt, dann ist es aber immer noch nicht gerechtfertigt, jährlich 2,3 Milliarden mehr zu fordern.

Ist die Gebührenerhöhung dann wenigstens teilweise gerechtfertigt? Nach den derzeit vorliegenden Zahlen nicht. Die Kostenunterdeckung im Postwesen erhöhte sich in den letzten Jahren jährlich um rund eine Milliarde Mark, der Personalstand hat in den letzten drei Jahren um rund 7 000 Beschäftigte zugenommen: und das bei stagnierendem Verkehrsaufkommen. Mit anderen Worten: Im Postwesen wurden durch Rationalisierungsmaßnahmen nicht einmal die sozialen Verbesserungen für die Mitarbeiter ausgeglichen.

Dies läßt auf mangelnde Produktivität im Postwesen schließen. Bevor über eine Gebührenerhöhung entschieden wird, soll die Post für diesen Bereich deshalb einen internationalen Produktivitätsvergleich vorlegen — vielleicht kann die Post, die als Monopolist kaum nationale Konkurrenz hat, von der internationalen Konkurrenz lernen.

Und eine zweite Frage muß vom Minister beantwortet werden: Könnte nicht auch die aktive Marktpolitik, wie besserer Service, neue Ideen, die Stagnation im Postwesen überwinden? Ist die Gebührenerhöhung sogar der falsche Weg? Wie viele Kunden werden wegen der höheren Gebühren abwandern?

Derzeit wirbt die Post mit dem Slogan „Schreib mal wieder“. Ab sofort müßte

es heißen: „Schreib mal wieder, bald wird's teuer.“

Dazu MdB Dieter Schulte: Was jetzt bei der Post vorgesehen ist, paßt in die Kontinuität der Finanzpolitik der Bundesregierung und ihrer Folgen. Vor kurzem hat sie das Benzin um acht Pfennig verteuert. Die Deutsche Bundesbahn erhöht in kurzer Folge zweimal ihre Tarife. Staatliche Preistreiberei ist es, wenn Pakete und Briefe um 33 Prozent, Päckchen und Postkarten um 40 Prozent, Standardmassendrucksachen gar um 60 Prozent erhöht werden sollen.

Noch vor einigen Wochen hat die SPD anlässlich der Haushaltsberatungen erklärt, die erhöhte Ablieferung der Bundespost an den Haushalt verteuere einen Brief um zwei Pfennig. Heute reden wir nicht über zwei Pfennig, sondern über 20 Pfennig. So schnell ändern sich hier die Zeiten.

Die Bundesregierung darf nicht so tun, als hätten wir bei den Postgebühren unbegrenzt Luft. In den 70er Jahren hat sie die Telefonkunden so nachhaltig zur Kasse gebeten, daß man einen Teil davon wieder zurückgeben mußte. Jetzt ist der gelbe Bereich dran. Im internationalen Vergleich haben wir aber z. B. beim Standardbrief bereits heute Spitzegebühren. Nach der geplanten Gebührenerhöhung werden wir ganz einsame Spitze sein. Daran werden dann auch die verschiedenen statistischen Berechnungs- oder Kaschierungsverfahren nichts ändern. In der Schweiz kostet der Brief halt umgerechnet 44 Pfennig, während er demnächst bei uns 80 Pfennig kosten soll. All das wundert einen nicht: denn der Postminister hat selber im Südwestfunk erklärt, er sei von der Gebührenentwicklung nicht betroffen, weil er seine Briefe nicht zu frankieren brauche.

■ ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Ehrenberg will Arbeitnehmer noch stärker belasten

Bundesarbeitsminister Ehrenberg sieht sich jetzt offenbar doch dem Zwang ausgesetzt, eine Erhöhung der Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit von 3 % auf 3,5 % vorzuschlagen, obwohl er vor und nach den Bundestagswahlen diesen Weg zur Sanierung der Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit ausgeschlossen hatte.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte wiederholt darauf hingewiesen, daß die seit langem verfehlte Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung diese zwingen dürfte, die Beiträge für die Bundesanstalt zu erhöhen, weil auch der Bund angesichts seiner desolaten Finanzpolitik nicht in der Lage sein würde, auf Dauer steigende Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit abzu decken, erklärte MdB Heinz Franke.

Unter anderem hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiederholt deutlich gemacht, daß sich für das Haushaltsjahr 1981 die Bundesregierung nur dadurch über die Runden gebracht hatte, daß sie zur Teilfinanzierung der Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit von rd. 8 Mrd. DM im Jahre 1981 die Zuschüsse an die Rentenversicherung um 3,5 Mrd. DM gekürzt hatte, damit um etwa den Betrag, um den in diesem Jahr die Einnahmen der Rentenversicherung durch Erhöhung des Beitragssatzes von 18 % auf 18,5 % steigen.

Offensichtlich ist der Bundesarbeitsminister unfähig, eine Konzeption zur Konsolidierung der Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit vorzulegen.

Die durch hohe Steuern und Sozialabgaben belasteten Arbeitnehmer haben ein Recht auf sinnvolle Verwendung der von ihnen aufgebracht Mittel. Die Nettoarbeitnehmereinkommen steigen in diesem Jahr wesentlich geringer als der Index der Lebenshaltungskosten. Die Lohnabzüge im ersten Vierteljahr 1981 sind trotz Steuerentlastungen wegen gestiegener Beiträge zur Rentenversicherung und Krankenversicherung um die Hälfte stärker gestiegen als die Nettolöhne. Es ist zu befürchten, daß sich die Entwicklung der Realeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte im weiteren Verlauf des Jahres 1981 und erst recht in 1982 noch erheblich verschlechtern wird. Ganz besonders kritisch wird die Entwicklung für Arbeitnehmerhaushalte mit Kindern, wenn der Familienlastenausgleich trotz stark steigender Lebenshaltungskosten stagniert oder sogar nach verschiedenen Ankündigungen aus dem Regierungslager familienbezogene Leistungen abgebaut werden sollten.

In dieser Situation auch noch Erhöhungen der Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit in Erwägung zu ziehen, kann die Bereitschaft zur Solidarität überfordern, wenn nicht vorher Möglichkeiten zu überfälligen Einsparungen ausgeschöpft worden sind.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Trainings- und Fortbildungsangebot 1981

„Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“

Die politische Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet in diesem Jahr noch drei Studientagungen zur Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich. Mit ihrem Trainings- und Fortbildungsangebot zur Öffentlichkeitsarbeit will die Politische Akademie Eichholz die Zielgruppen erreichen, die bereit und in der Lage sind, den Bürger sachkundig über Politik zu informieren.

Gerade die an der Öffentlichkeitsarbeit interessierten Angehörigen in den Verbänden der CDU sind hier besonders angesprochen. Folgende Termine sind für die einzelnen Veranstaltungen geplant:

9. September bis 12. September 1981
(Veranstaltungs-Nr. 135)

25. Oktober bis 28. Oktober 1981
(Veranstaltungs-Nr. 168)

2. Dezember bis 5. Dezember 1981
(Veranstaltungs-Nr. 194)

Die inhaltlichen Schwerpunkte für die Veranstaltungen sind:

● Aufgaben und Chancen der politischen Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Einführendes Referat

● Praktische Übungen

- Kreatives Training zur Ideenfindung
- Entwurf und Einsatz von Werbemitteln
- Planungsraster für Aktionen der politischen Öffentlichkeitsarbeit
- Das Gespräch mit dem Bürger
- Die Zusammenarbeit mit der lokalen und regionalen Presse

— Von der Idee zur Realisierung: Erarbeitung einer Gesamtkonzeption der politischen Öffentlichkeitsarbeit

● Die Musteraktion

Präsentation effektiver Maßnahmen der politischen Öffentlichkeitsarbeit.

Teilnahmebedingungen:

Während des Aufenthaltes in Eichholz sind Sie Gast der Akademie. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird nur ein geringer Teilnehmerbetrag erhoben.

Auf Antrag wird ein Zuschuß zu den Fahrtkosten in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn einschließlich D-Zug-Zuschläge gewährt.

Anmeldung:

Interessenten melden sich bitte umgehend bei der

Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Postfach 29, 5047 Wesseling,

unter Angabe der Veranstaltungs-Nr. des Stichwortes Studientagungen „Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“ und des gewünschten Zeitpunktes.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot

Zum Thema:

Frieden und Freiheit

**Argumente zur aktuellen
Friedensdiskussion**

**Zum
Thema:**

Frieden und Freiheit

**Die Argumente der
CDU zur aktuellen
Friedensdiskussion.**

CDU

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt gegenwärtig eine tiefgreifende Auseinandersetzung um die Durchsetzung einer realistischen Politik zur Sicherung des Friedens. In den vergangenen Monaten haben sich zahlreiche Initiativen und Gruppen gebildet, die die Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik radikal in Frage stellen. Das Ausmaß dieser Entwicklung kann mit den Protestbewegungen gegen die Schaffung

der Bundeswehr und den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO Mitte der 50er Jahre verglichen werden.

Die in der Broschüre enthaltene Diskussionshilfe gibt die wichtigsten Argumente der Bewegung „Alternative Sicherheitspolitik“ wieder und erläutert die Haltung der CDU zu diesen Argumenten. Sie soll es den Mitgliedern der CDU erleichtern, diese Auseinandersetzung um den Weg der deutschen Sicherheitspolitik und damit um die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland überzeugend und argumentativ zu führen.

Mindestabnahme: 100 Exemplare.

Preis: 40,— DM pro 100 Exemplare.

Bestell-Nr.: 5254

Überarbeitete Neuaufgabe:

Zum Thema:

Erziehungsgeld

Familieninitiative der CDU

Mindestabnahme: 100 Exemplare.

Preis: 17,— DM pro 100 Exemplare.

Bestell-Nr.: 5952

Bestellungen sind an das

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

zu richten.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 6398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Die Waage halten

Vor einem Jahr, so kann man in einer Aufstellung der Bundesregierung nachlesen, betrug die Überlegenheit der Sowjetunion bei Sprengköpfen für weitreichende Mittelstreckenwaffen (SS 20) gegenüber Westeuropa 1 zu 6. Ein Jahr später teilt der Verteidigungsminister dem Abgeordneten Todenhöfer mit, die sowjetische Überlegenheit sei auf 1 zu 8 gestiegen. Wenn die Europäer sich davon abbringen ließen, amerikanische Mittelstreckenwaffen anzunehmen, würde die Sowjetunion in wenigen Jahren eine Überlegenheit von 1 zu 10 erreichen. Führt die NATO aber ihren Raketenstationierungsbeschluß wie vorgesehen aus, so verringert sich eine sowjetische Überlegenheit an Sprengköpfen für weitreichende Mittelstreckenwaffen auf etwa 1 zu 2,5.

Der Vergleich läßt erkennen, was das Ziel des westlichen Raketenbeschlusses ist. Es ist in der Tat ein „Nach-Rüsten“, kein Wettrüsten. Auch kein Versuch, zu übertrumpfen. Nicht einmal

Parität wird erstrebt. Die westlichen Länder treiben keine Macht-Prestige-Politik. Sie wollen Frieden, aber das sowjetische System ist friedensunfähig. Es kennt nur Unterworfenen oder zu Unterwerfende. Der Konflikt mit Moskau kann nicht beigelegt, er kann nur in eine erträgliche Form gebracht werden — die des Gleichgewichts der Kräfte. Gleichgewicht ist eine der Physik, der Mechanik entlehene, gleichwohl nicht mechanistisch zu begreifende Vorstellung der Sicherheitspolitik. In der Politik braucht Gleichgewicht nicht wirklich gleiche Gewichte zu bedeuten. Überlegenheiten des Gegners sind so lange erträglich, wie sie ihm nicht sicheren Sieg ohne große Kosten oder umsonst verheißen.

Dies ist in der NATO gemeint. Der Westen ist seit langem weniger gerüstet als die Sowjetunion, bei konventionellen Waffen durchweg dreimal geringer. Auch in der Raketen-Rüstungsfrage meint die NATO nur das Nötigste. Freilich durchkreuzt selbst ein solches Minimum die Vollstreckung der sowjetischen Überwältigungsstrategie. Darum ficht die sowjetische Führung derzeit ihre Angst- und Droh-Kampagne.

FAZ, 25. Juni 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 37C 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID